

# DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



## Ein Halt dem Rechtsextremismus!

**Das offene Auftreten der Rechtsextremisten in Deutschland, nicht nur in Aufmärschen, sondern auch mit brutaler Gewalt, fordert Widerstand**

**W**ehret den Anfängen! ist ein altes Gebot des antifaschistischen Widerstandes. Ein Blick nach Deutschland, aber auch in andere Länder Europas, hinterlässt den bitteren Eindruck, dass wir die "Anfänge" leider schon hinter uns haben, und die Gespenster des Rechtsextremismus und Neonazismus, beflügelt von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, wieder Morgenluft wittern. "Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch", möchte man mit Bertolt Brecht zitieren, was freilich auch verpflichten würde, mit wissenschaftlicher Objektivität, die Leidenschaft in der Grundhaltung keineswegs ausschließt, die Ursachen dafür zu suchen, warum Rechtsextremisten, auch in der für einstige nazistische Rassenideale seltsamen "Verkleidung" als Skinheads, ihr Unwesen treiben, Hetzjagden auf Ausländer veranstalten, jüdische Friedhöfe schänden und sich in vom Klang der alten HJ-Trommeln bekleideten Aufmärschen offen zu ihren schreckenerregenden "Idealen" bekennen. Diesem beklemmenden "Aufbruch" in Deutschland liegt zweifellos ein doppeltes Versagen zugrunde. Da ist einerseits die offenkundige Unfähigkeit der demokratischen Regierungen im vereinten Deutschland, in den hinzugewonnenen "neuen Bundesländern" nicht nur mit – oft beinharder – Unterwerfung unter das Kapital die "Gesetze der Marktwirtschaft" auf Biegen und Brechen einzuführen und zumindest Teilen der Jugend keine Zu-



**Fremdenhass als Programm: NPD-Aufmarsch in Deutschland**

kunftsperspektiven geben zu können. Da zeigt sich auf der anderen Seite aber auch die ganze Hohlheit des zur Leerformel erstarrten kommunistischen "Antifaschismus" der einstigen DDR-Führung, die, selbst diktatorisch herrschend, ihre Bürger in so vielen Belangen belogen und betrogen hat, dass ihr auch das nicht geglaubt wurde. Wenn man heute zur Kenntnis nehmen muß, mit welchem Für und Wider man sich in Deutschland etwa mit der Frage eines Verbots der NPD herumschlägt, weil das Grundgesetz durchaus die Möglichkeit offen lässt, dass die Verfassungsrichte dieser Partei Verfassungsmäßigkeit bescheinigen, so dürfen wir als Österreicher feststellen: Hier zeigt sich, wie richtig das nach 1945 beschlossene Verbotsgesetz zusammen mit Artikeln des Staatsvertrags war, das anhand objektiver Fakten von nazistischer Wieder-

betätigung das Verbot von Parteien und Gruppierungen wie NDP und ANR ermöglichte. Nicht zu übersehen ist in diesem Zusammenhang auch die permanente Tätigkeit der Opferverbände, der ständigen Mahnungen derer, unter denen der Name Rosa Jochmann für viele andere stehen darf, und die Aufklärungsarbeit des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes. Wenn trotzdem der Aufstieg einer Partei wie der FPÖ die Welt beunruhigt hat und Jörg Haiders wiederholte öffentlichen Äußerungen als Verharmlosung des Nationalsozialismus empfunden wurden, wenn es in dieser Partei zumindest – nach dem Zeugnis der "Drei Weisen" – "radikale Elemente" gibt, die in diesem Zusammenhang ja wohl nur rechtsradikale sein können, so ist dies dennoch nicht im Gegensatz zur Rechtslage in Österreich zu sehen. Diese

erlegt politischen Gruppierungen zumindest Beschränkungen auf, die offen faschistische Propaganda und rassistische Gewaltexzesse verhindern. Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer werden hier weiter ein wachsames Auge behalten und sind stolz darauf, dass es ihnen gelungen ist, auch jüngere Menschen für diesen Kampf zu gewinnen

*Manfred Scheuch*

### **25. November: Bundes- hauptversammlung**

Am 25. November 2000 findet die Bundeshauptversammlung des Bundes sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten statt. Ort: Niederösterreichische Arbeiterkammer, Wien 6, Windmühlgasse. Beginn: 9.30 Uhr.

# Rechtsextremismus in Deutschland: Geschlossene Gesellschaft!

Die rechte Szene hat ihre eigenen Anwälte, Sanitätstrupps, CD-Vertriebe und Kontakt zu Terrorgruppen. Sechs Tote, hunderte Ausländer und andere Opfer verletzt: Die erste Hälfte des Jahres 2000 unterscheidet sich nicht von den neunziger Jahren, in denen die rechte Gewalt stetig zunahm. Beim Blick ins Geflecht der braunen Szene wird außerdem sichtbar, in welchem Maße sie sich trotz intellektueller und organisatorischer Schwächen mittlerweile etablieren konnte.

## Was ist die "rechte Szene"?

Von Skinhead-Schlägern über Neonazi-Kader bis hin zu NPD-Funktionären existiert eine Art community, die sich vor allem durch Militanz und offen propagierten Neo-Nationalsozialismus von anderen Rechtsextremismen abgrenzt. Demnach zählen "Republikaner", DVU und "Neue Rechte" trotz ideologischer Nähe und personeller Kontakte nicht zur Szene. Diese nimmt die Formen einer Parallelgesellschaft an – die durch Repression nur bedingt einzuschüchtern, über Sozialarbeit kaum noch therapierbar und mit Appellen gar nicht zu erreichen ist.

Nachdem die Innenminister von Bund und Ländern auf die Krawalle in Hoyerswerda und Rostock mit dem Verbot mehrerer Neonazi-Organisationen reagiert hatten, war die Szene verunsichert. Doch das Potential blieb erhalten. An den Rahmenbedingungen änderte sich, vor allem in Ostdeutschland, kaum etwas: Der in weiten Teilen der Bevölkerung grassierende Alltagsrassismus wurde von den Maßnahmen gegen Neonazi-Gruppen nicht tangiert.

Die Szene regenerierte sich und konstruierte "unverbotbare" Organisationsformen.

## "Freie Kameradschaften"

In ihnen sammelt sich lokal oder auch regional ein Teil der Szene. Etwa 150 aktive Kameradschaften gibt es derzeit, das Spektrum reicht von Kleingruppen bis zu hundertköpfigen Stiefeltrupps wie dem "Thüringer Heimat-schutz". Die meisten Kameradschaften finden sich in (Ost-)Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt sowie in



NPD – der politischer Arm der militanten Neonazis

Baden-Württemberg und Niedersachsen. Die Vernetzung über "Nationale Info-Telefone" und einschlägige Homepages im Internet gewährleistet eine relativ ungestörte Kommunikation. Szene-Anwälte verteidigen Schläger und geben über ein "Deutsches Rechtsbüro" juristische Tipps, auch per Internet. Inhaftierte Neonazis betreut die "Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene". Frauen schließen sich Gruppen wie dem "Skingirl Freundeskreis Deutschland" an und stellen bei Aufmärschen den Sanitätstrupp "Braunes Kreuz".

Einen zweiten Adolf Hitler gibt es bislang nicht. Das liegt nicht nur an den Querelen vieler "Führer". Die Verbote forcierten die Hinwendung zum Konzept des "führerlosen Widerstands", das über die Kameradschaften umgesetzt wird.

## Die NPD - der politische Arm

Die NPD stellt der Szene ihre politischen und organisatorischen Kapazitäten zur Verfügung. Als sich die Partei in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre dem Neonazi-Spektrum zuwandte, ließ sich ein Teil der Kameradschaften auf die Partei ein. Doch das Verhältnis bleibt schwierig. Vor allem die "freien Nationalisten", eine Bewegung norddeutscher Kameradschaften und Cliques, kritisieren den "gemäßigten" Kurs der NPD.

Die von Partei-Chef Udo Voigt verfolgte Doppelstrategie - radikale Aufmarsch-Rhetorik plus langatmiger Strukturaufbau - ist vielen aktionsorientierten Neonazis und Skinheads su-

spekt. So verlor die sächsische NPD, die den stärksten Landesverband stellt, 1999 ein Drittel ihrer Mitglieder. Unter den 500 Abtrünnigen fanden sich vor allem Skinheads. Gleichwohl bleibt die Partei mit militanten Neonazis liiert. Ein Beispiel: Die Kameradschaft "Skinheads Sächsische Schweiz", der die Polizei kürzlich ein größeres Waffenarsenal wegnahm, hatte den letzten Landtagswahlkampf der NPD unterstützt: Im Landkreis Sächsische Schweiz erreichte die Partei bis zu 10,4 Prozent.

## Skinhead-Netzwerke

Neben NPD und Kameradschaften gelten die Skinhead-Netzwerke als weitere Szene-Koordinaten. "Blood & Honour" wurde in den 80er Jah-

ren in England gegründet, die Bewegung der "Hammerskins" 1986 im US-Bundesstaat Texas. Beide verstehen sich als Weiße-Rasse-Orden und kombinieren Agitation mit Produktion, Schmuggel und Vertrieb von CDs. Als besondere "Attraktion" organisieren die Netzwerke illegale Konzerte (1999: 105). In Deutschland dominiert "Blood & Honour" (etwa 500 Mitglieder), das im September 1999 in Garitz (Sachsen-Anhalt) das bislang größte Skin-Konzert veranstalten konnte: 2000 Kahlköpfe feierten ihre Bands, die Polizei war über-rumpelt.

## Verbindungen ins Ausland

Über ihre Sektionen im Ausland vermitteln die deutschen Abteilungen der Skin-Orden Kontakte zu Terrorgruppen. "Blood & Honour" kooperiert mit "Combat 18", die für mehrere Bombenanschläge in London verantwortlich sein sollen und deutschen Militanten als Vorbild gelten. Wie auch die "Nationalsozialistisk Front" in Schweden, auf deren Konto der Tod zweier Polizisten geht. Engländer, Schweden sowie Neonazis aus Holland, Dänemark, Österreich und den USA mischen zudem in der "Anti-Antifa"-Spitzelkampagne mit. Gruppenübergreifend werden Dossiers über Linke, Staatsanwälte, Polizisten, Journalisten angelegt.

In großem Maße sind auch Skin-Musik, Anti-Antifa und terroristische Ansätze in die rechtsextremen Aktivitäten verwoben.

Frank Jansen (Berlin)

Foto: APF

# Mit dieser FPÖ gibt es keine Zusammenarbeit

Mit langanhaltendem Applaus wurde der Bundesvorsitzende der SPÖ, Alfred Gusenbauer, von den Delegierten des Wiener Landesparteitags begrüßt. In seiner Begrüßungsansprache führte er unter anderem aus: Man kann, ja muss sich durchaus dem Thema Sparen widmen. Aber es gibt Unterschiede, wie man da herangeht. Ob der Zugang der kalten Zahlen, ohne Nachdenken über das Schicksal der Menschen, gefunden wird, oder ob die Lebenschancen, die Betroffenheit der Schicksale berücksichtigt werden. Wenn gesagt wird: 15.000 Beamte werden eingesparrt – so müssen wir doch auch fragen, was dies für die Dienstnehmer, was für die nichtangestellten "Springer", und auch, was dies für die öffentlichen Dienstleistungen bedeutet. Wir fragen auch, was das für eine "soziale Treffsicherheit" sein soll, wenn alle, die mehr als 70.000 Schilling verdienen, von Mehrzahlungen ausgenommen und wenn 70 Milliarden

Schilling als Mehrausgaben weg von den Arbeitnehmern "umverteilt" werden.

Mit einer Partei, die selbst nach dem deutlichst ausgefallenen Weisenbericht keine Lehren aus ihrer Politik ziehen möchte, die sich nicht ändern will und aus dem Thema Ausländer wieder wahlpolitisches Kalkül schlagen möchte, ist keine konstruktive Zusammenarbeit möglich. Sämtliche Spekulationen auf eine Annäherung sind daher mehr als überflüssig. Denn die Sozialdemokratie definiert sich über ihre eigenen politischen Inhalte und Vorschläge und unterscheidet sich daher grundlegend von dem fundamentalen Charakter der FPÖ. Es liegt in der Tradition der Sozialdemokratie, dass wir uns für soziale Gerechtigkeit einsetzen und für Freiheit und Demokratie kämpfen. Viele von uns haben für diesen Einsatz mit ihrem Leben bezahlt, weshalb die Sozialdemokratische Partei in Bezug auf die freie Meinungsäußerung und Aufrechterhaltung der Demokratie be-



**Gemeinsam gegen Schwarz-Blau:  
Alfred Gusenbauer, Michael Häupl**

sonders sensibel agiert. Durch die Flut an Klagen seitens der FPÖ kommt es zu einer massiven Einschüchterung der Meinungsfreiheit. Und wenn Justizminister Böhmendorfer die Idee einer strafrechtlichen Verfolgung von Abgeordneten für "verfolgenswert" hält, so heisst das: hier droht die Entwicklung eines Metternich'schen Überwachungsstaates. Daher kann unsere Forderung nur sein: Treten Sie zurück, Herr Minister!

## Der Landesparteitag der SPÖ beschließt Antrag gegen Rechtsextremismus

Der Wiener Landesparteitag beschloss am 16. September den von der Wiener Bildungsorganisation eingebrachten Antrag zum Thema Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, der unter anderem auch unsere Arbeit besonders hervorhebt, einstimmig:

Zahlreiche Aussagen Jörg Haider's und anderer Funktionäre der FPÖ haben gezeigt, dass diese Partei unverbesserlich ist und immer wieder Anleihen im rechtsextremen Gedankengut macht. Auch nach der Regierungsbeteiligung der FPÖ und der damit verbundenen Polarisierung im Inland sowie der Distanzierung des Auslandes hat es weitere untolerierbare Aussagen gegeben. Deshalb fordert der Wiener Landesparteitag,

□ dass die Aufklärungsarbeit über die Bedrohung durch Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus verstärkt geführt

wird. Zu diesem Zweck sollen die Bildungsorganisation und andere Teile der Partei entsprechende Veranstaltungen und Schulungen anbieten,

□ dass Vortragende und Multiplikatoren aus dem Bereich der Schule, den Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie den Betrieben in Seminaren und Workshops für die politische Auseinandersetzung mit Vorurteilen und rechtspopulistischem Gedankengut geschult werden,

□ dass die Referate und Seminare im Rahmen der Aktion "Neue Integrationsinitiativen für Wien" sich ebenfalls mit rechtspopulistischen und ausländerfeindlichen Argumenten auseinandersetzen,

□ dass die Wiener Bildung gemeinsam mit dem Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und der Arbeitsgruppe "Gegen Rechts" eine aus Experten verschiedener Disziplinen zusammengesetzte Tagung mit interna-

tionalen Referenten organisiert, die sich mit Strategien gegen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Rechtspopulismus beschäftigt,

□ dass die Einrichtungen der Erwachsenenbildung sich im Rahmen der politischen Bildung und der Stadtteilarbeit mit rechtsextremen und ausländerfeindlichen Stimmungen im Wohnbereich befassen,

□ dass die demokratiepolitisch wichtige Tätigkeit des Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) als überparteiliches Bindeglied zwischen Zeitgeschichte, Widerstandsforschung, Opferverbänden, politischen Parteien und Öffentlichkeit weiter fortgesetzt werden kann,

□ dass die im antifaschistischen Bildungsbereich Tätigen in die Vorbereitung und Ausarbeitung von integrationspolitischen Projekten und Maßnahmen mit einbezogen werden. Gerade die wis-

senschaftliche Grundlagenforschung des DÖW zeigt wie die Forschungsschwerpunkte, Widerstand und Verfolgung, NS-Verbrechen und Exil mit dem Arbeitsbereich Rechtsextremismus zusammenhängt. Denn wer sich für die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit einsetzt, kann die Diffamierung von WiderstandskämpferInnen, die Leugnung oder Verharmlosung von NS-Verbrechen nicht kommentar- und tatenlos hinnehmen.

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus darf nicht auf die Tätigkeit des "Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus", der Arbeitsgemeinschaft österreichischer Opferverbände und des Vereines "Mauthausen Aktiv Österreich" beschränkt sein, sondern muss in alle Bereiche der sozialdemokratischen Bewegung einfließen.

# Unser Schicksal eine Mahnung für Euch

**M**ajdanek - Izbica - Zamosc - Belzec - Auschwitz. Diese Namen stehen für nationalsozialistische Konzentrationslager, jüdische Ghettos, Angst, Leid, Verzweiflung, Ausbeutung, Grausamkeit und Tod. Anlässlich des Gedenkjahres "55 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus" besuchten Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Opferverbände Österreichs, unter der Leitung von Dir. Hannes Schwantner, Gedenkstätten in Polen. Ob in Lublin, in Izbica oder in der im Stil der italienischen Renaissance erbauten Stadt Zamosc, die Besucher finden sie immer wieder, die Spuren des ehemals regen geistigen und wirtschaftlichen Lebens dieser Orte. Eine buntgewürfelte Gesellschaft von Polen, Armeniern, Griechen und Juden, von Kaufleuten aus dem Osten und Süden Europas, prägte einst das Bild der Städte Polens mit ihren Sitten und Gebräuchen. In der wechselhaften Geschichte Polens waren die Städte sowohl von wirtschaftlicher Blütezeit als auch von Kriegswirren geprägt, jedoch die Herrschaft der Nazis, der von ihnen ausgelöste Zweite Weltkrieg und seine Folgen, führten dazu, dass Millionen von Menschen ihre Heimat, ihre wirtschaftliche Existenz, ihre Familien, und in den Vernichtungslagern der SS ihr Leben verloren. Die erste Gedenkstätte welche die Teilnehmer der Gedenkfahrt aufsuchten, war das Lubliner Konzentrationslager Majdanek. Ende Juli 1941 besuchte Heinrich Himmler Lublin und beschloss hier ein Konzentrationslager errichten zu lassen. Mit der Durchführung dieses Planes wurde der Kärntner Odilo Globocnik, der SS- und Polizeiführer des Distrikts Lublin beauftragt. Das am süd-östlichen Stadtrand Lublins errichtete Lager sollte 516 ha umfassen, auf denen Baracken mit einem Fassungsvermögen von 250 000 Häftlingen errichtet werden sollten. Die Kriegsniederlagen der Nazis führten dazu, dass nur ein Fünftel dieser Vorhaben realisiert wurde. Die Verwaltung des Lagers unterstand dem Kommandanten des Lagers. Diese Funktion übten nacheinander Karl Otto Koch, Max Koegel, Hermann Florstedt, Martin Weiss und zuletzt Arthur Liebehenschel aus. Sie alle verfügten über einschlägige Erfahrungen, die sie in den KZs Buchenwald, Ravensbrück, Dachau und Auschwitz erworben hatten. Auf dem Gelände des Lagers befanden sich Häftlingsbaracken, Verwaltungs-, Wirtschafts- und Produktionsbaracken, Gaskammern, Krematorien und Einrichtungen zur Sicherung des Lagers, wie Wachtürme und Wachstuben.

Aus Furcht vor den heranrückenden sowjetischen Truppen begann die SS im März und April 1944 mit der Auflösung des Lagers. In zehn Transporten wurden mehr als 15000 Häftlinge in andere Gefangenenlager geschickt. Der letzte Evakuierungstransport mit 1000 Menschen verließ Majdanek am 22. Juli 1944 zu Fuß. 1500 polnische Bauern und sowjetische Kriegsgefangene ließen die Nazis im KL zurück.

Heute erinnern das vom Bildhauer und Architekten Wiktor Tolkin entworfene "Ehrenmal des Kampfes und Martyriums" und das "Mausoleum" an die Opfer des Konzentrationslagers. Das "Ehrenmal", es hat die Form eines stilisierten Tores, soll gleichzeitig Hoffnung und Sieg ausdrücken. Von diesem Monument führt der "Weg der Ehre" zum Mausoleum, unter dessen Kuppeldach nunmehr die Asche der ermordeten Häftlinge beigesetzt ist. Am Fries der Kuppel des Mausoleums finden sich die Worte: "Unser Schicksal eine Mahnung für Euch".

Der nächste Besuch der Reisegruppe galt dem ehemaligen Ghetto Izbica. Regine Chum, eine Teilnehmerin an der Reise und selbst ehemalige Gefangene der KZ-Auschwitz und Ravensbrück, gedachte hier mit erschütternden Worten ihrer in Izbica zu Tode gekommen Großeltern. Noch immer tief bewegt, suchte die Gruppe die nahe gelegene Renaissance-Stadt Zamosc auf, in deren "Rotunde" in der Zeit von Oktober 1939 bis zum 25. Juli 1944 Menschen massenweise ermordet und ihre Körper auf Scheiterhaufen verbrannt wurden. Weiter ging die Fahrt nach Belzec. Die sehr bescheidene Gedenkstätte erinnert an die 600.000



**Ehrenmal des Kampfes und Martyriums  
Gedenkstätte MAJDANEK**

Menschen, die in diesem Todeslager ihr Leben lassen mußten. Die meisten Gefangenen wurden hier unmittelbar nach ihrer Ankunft durch Giftgas getötet. Nur einige hundert wurden Arbeitskommandos zugeteilt, wo sie in der Regel nur kurze Zeit zu leben hatten. Um die Spuren ihrer Gräueltaten zu verwischen, wurden die Massengräber von den Nazis von Dezember 1942 bis zum Frühjahr 1943 geöffnet und die Leichen verbrannt.

Zuletzt besuchte die Reisegruppe das wohl berüchtigtste Lager, das ehemalige KL Auschwitz. Die kaum vorstellbaren Grausamkeiten der SS gipfelten in diesem Konzentrationslager in der totalen Ausbeutung der dorthin deportierten Menschen, die nicht nur in der Plünderung der wenigen Habseligkeiten der hierher Verschleppten, sondern auch in der Ausbeutung der letzten Kräfte der bedauernswerten Wesen gipfelte. Sogar nach ihrem Tode wurden ihre Körper geschändet, indem man ihnen, um nur zwei Beispiele zu nennen, die Goldzähne ausbrach und den Frauenleichen die Haare abschnitt, um diese zum Preis von 0,50 RM per Kilogramm an die verarbeitende Industrie zu verkaufen. So unfassbar es ist, aber die akribisch geführten Unterlagen der SS belegen es, in den Betrieben wurden die Haare zu Filz und Matratzenfüllungen verarbeitet. In der auf dem Gebiet von Auschwitz I untergebrachten "Österreich Gedenkstätte" legte Genossin Erna Musik nach Worten des Gedenkens Blumen nieder. Nach dem Besuch des Lagers Auschwitz-Birkenau und einer berührenden Gedenkveranstaltung verließ die Gruppe, fast symbolisch von einem schweren Wolkenbruch begleitet, diesen Ort des Entsetzens und der Trauer.



**Gedenken in IZBICA**

*Edith Krisch*

# März 1938 und die Gegenwart

Der ehemalige Spitzenpolitiker der SPÖ, Dr. Hannes Androsch, der heute zu einem der erfolgreichsten Wirtschaftsmagnaten unseres Landes zählt, hielt anlässlich des 3. Theodor-Herzl-Symposiums, am 13.3.2000, im Wiener Rathaus die Eröffnungsrede. Diese liegt nun in einer kleinen Broschüre unter dem Titel "Der Stand der Dinge" vor. Wir haben diese Broschüre auch einigen unserer Mitarbeiter und Mitglieder zur Verfügung gestellt. In der weitgespannten Rede nimmt Hannes Androsch zu den Ursachen des Nationalsozialismus in Österreich Stellung, wobei er besonders den latenten Antisemitismus, die Arbeitslosigkeit der 30er Jahre, die Ausschaltung des Parlaments im Jahre 1933 und schließlich die Vernichtung der großen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung durch die austrofaschistische Diktatur im Februar 1934 hervorhebt. Insgesamt eine großartige Rede, die auch die Leistungen der Widerstandskämpfer und der KZler für den Aufbau der Zweiten Republik würdigt. Besonders geht er auf die Provokationen der FPÖ unter Jörg Haider und die damit in der Welt ausgelösten Befürchtungen ein, die im Zusammenhang mit der Bildung einer blau-schwarzen Koalition einen Höhepunkt erreicht haben.

Ein Absatz der Rede von Hannes Androsch ist jedoch kritikwürdig, dort wo es heißt, dass auch das Ergebnis der von Hitler angesetzten Volksabstimmung vom 10. April 1938 "mit einem Resultat von über 90 % Ja-Stimmen, korrekt gewesen sei". Androsch räumt ein, dass zuvor eine enorme Propagandawalze über das Land gerollt ist, und selbst Karl Renner und Kardinal Innitzer die Empfehlung abgegeben hatten, mit "Ja" zu stimmen. Wir glauben aber, dass eine solche Formulierung, die auch von manchen Historikern verwendet wird, der jungen Generation eine völlig verzerrte Darstellung der Ereignisse vermittelt. Tatsache ist, auf die Androsch in einem anderen Satz richtigerweise eingeht, dass Hitler durch seinen Einmarsch am 12. März 1938, einer von der damaligen Regierung Schuschnigg geplanten und von den illegalen Gewerkschaften und von den revolutionären Sozialisten unterstützten Volksabstimmung zuvorkommen wollte, weil er ein ungünstiges Ergebnis befürchtete.

Die Volksabstimmung vom 10. April 1938 wurde nicht nur mit einer großen Propagandawelle der Nazis vorbereitet, sondern auch Terror und Einschüchterung waren auf der Tagesordnung. Tausende Hitler-Gegner und jüdische Bürger waren bereits verhaftet, und viele Verfolgte verließen bereits das Land, außerdem war eine



Bemerkenswerte Rede von H. Androsch

Reihe von Personengruppen von der Abstimmung ausgeschlossen. Bestimmte Gruppen befürchteten Repressalien und wurden deshalb in einer Sonderkurie erfasst, z.B. die Gruppe der Wiener Tschechen, die Sanktionen der Nationalsozialisten erwarten mussten, wenn die Abstimmung in Wien ein schlechteres Ergebnis bringen sollte. Am Wahltag selbst hatten die meisten Stimmberechtigten fast nie die Möglichkeit, die Wahlzellen zu betreten, weil Druck ausgeübt wurde, offen vor der Wahlzelle abzustimmen. Die Wahlzettel selbst waren mit einem großen "Ja" und einem ganz kleinen "Nein" versehen. Wer sollte sich also trauen, mit "Nein" zu stimmen. Trotzdem gab es noch viele Mutige, die allerdings von den Nazis bald geortet wurden.

Wir Freiheitskämpfer legen deshalb so großen Wert auf diese Feststellungen, weil jetzt immer wieder die Legende auftaucht, dass Hitler, im Einklang mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, in Österreich die Macht übernommen hat, wobei interessanterweise manche Linke diese Meinung ebenso vertreten wie die Rechten. Zum Beispiel hat die Parteivorsitzende der FPÖ, Susanne Riess-Passer, vor kurzem behauptet, dass Österreich der erste Verbündete Nazideutschlands gewesen sei. Da muss man ihr mit Kreisky sagen: "Lernen Sie Geschichte". Hitler ist in Österreich genauso mit Hass und Terror an die Macht gekommen, wie in Deutschland, wo er zwar von einem senilen Reichspräsidenten mit der Regierung beauftragt wurde, aber nie eine Mehrheit der Stimmen auf seine Partei vereinigen konnte. Diese Tatsachen sollten gerade Widerstandskämpfer nicht in Vergessenheit geraten lassen, denn sosehr viele Menschen unter dem Ein-

druck des Jubels auf dem Heldenplatz standen, weiß man, dass es viele Tausende gegeben hat, die die Naziaggression ablehnten und die später auch Widerstand leisteten. Die Zahlen der Opfer, die das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands dokumentiert hat, sprechen eine deutliche Sprache. Niemals wären die Alliierten bereit gewesen, die Unabhängigkeit Österreichs - allerdings unter den Bedingungen der Moskauer Deklaration - wieder herzustellen, wenn dieses ein echter Verbündeter Nazi-Deutschlands gewesen wäre. Eine Hochblüte der verzerrten Darstellung ist die Aussage des EU-Abgeordneten Peter Sichrovsky, der die Behauptung aufgestellt hat, dass Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem von ehemaligen Nationalsozialisten aufgebaut wurde. Diese Darstellung richtet sich nach allen vorliegenden Fakten von selbst, aber sie ist manchmal nicht nur bei den Rechten, sondern auch bei anderen Gruppierungen sehr populär. Tatsache ist, dass die drei Gründerparteien der Zweiten Republik, Österreichische Volkspartei, Sozialistische Partei und Kommunistische Partei, eine große Zahl KZler und Widerstandskämpfer für den Aufbau des zerstörten Landes eingesetzt haben. Daran ändert nichts, dass es da und dort in den beiden großen Parteien einige braune Flecken gegeben hat. Jedenfalls wurde, wie es Vranitzky in einer Rede ausgedrückt hat, die Zweite Republik als eine Antithese zum nationalsozialistischen Regime gegründet. Die Gefahren lagen in der weiteren Entwicklung, insbesondere seit der Gründung des VdU und dem Wiedererstarken rechtsextremen Gedankengutes. Aber auch hier liegt Österreich besser als zum Beispiel Deutschland. Unser NS-Verbotsgesetz und die NS-Bestimmungen des Staatsvertrages ermöglichen Verbote von neonazistischen und rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen. Obwohl lange Zeit diese Gesetze von den Gerichten sehr lax gehandhabt wurden, ist unter dem Druck der Antifaschisten in Österreich gerade in den letzten Jahren ein Wandel eingetreten. Die Verurteilungen eines Küssel und Schimanek waren deutliche Signale in die richtige Richtung, und das Verbot der NPD und der ANR konnte schließlich durchgesetzt werden. Maßnahmen, zu denen sich Deutschland erst durchringen musste. Die Frage der Gegenwart ist, wie kann die Hetze in den modernen Medien eingedämmt werden, und wie können die internationalen Verflechtungen dieser Gruppierungen in einem gemeinsamen Europa unterbunden werden.

Ernst Nedwed

## Auschwitz - Eine Ausstellung gegen das Vergessen

Im Mai des vergangenen Jahres veranstaltete das Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Linz unter der Leitung von Prof. Dr. Rudolf Kropf und Frau Mag. Herta Neiß eine Exkursion in die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz in Polen.

Durch lange Vorgespräche und Telefonate war es möglich geworden, direkt in den Archiven der Gedenkstätte zu arbeiten und teilweise bis dahin noch unveröffentlichtes Material einzusehen. So bekam man im Zuge dieser Arbeiten oftmals Berichte in die Hand, die in erschütternder Weise das Lagerleben aus der Sicht von überlebenden KZ-Häftlingen schilderten.

Die Erinnerungen, die sich aber bei allen TeilnehmerInnen am tiefsten einprägen hatten, waren die Erzählungen und Berichte von Hofrat Mag. Kurt Hacker, einem ehemaligen Häftling des KL Auschwitz, der uns während der zehn Tage begleitete. In nächtelangen Gesprächen ließ er uns an seinen Erinnerungen teilhaben – einer-

seits ein Privileg, auf das wir alle immer stolz sein werden, andererseits aber auch eine Last, mit der jeder auf seine eigene Weise fertig werden muß.

### Die Ausstellung

Beeinflusst eben durch diese starken Eindrücke schloß sich nach unserer Rückkehr eine Gruppe von StudentInnen zusammen, das FORUM GEGEN VERGESSEN, unter denen auch einige Mitglieder des Bundes sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten sind, die über die anschließende Seminararbeit hinaus den Versuch wagen wollten, genau diese Eindrücke und Empfindungen einem breiten Publikum zu vermitteln.

In Form einer Ausstellung, die aus Bilddokumenten und Begleittexten besteht, wollen wir nun eines der dunkelsten Kapitel der Geschichte in Erinnerung rufen. "Wer aus der Geschichte nicht lernt, ist verdammt, sie wieder zu erleben." Nach Linz und Mauthausen wird sie in Steyr bis 12. November 2000 zu besichtigen sein.

## Ausstellung Krieg und Frieden

Der Landesverband der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer veranstaltete, anlässlich des 55. Jahres seit der Befreiung vom Nazifaschismus, eine Exkursion in die burgenländische Landesausstellung "Krieg oder Frieden" in der Burg Schlaining. An dieser Fahrt nahmen 90 Mitglieder und Mitarbeiter einiger Bezirksgruppen des Landesverbandes teil. Die Fahrt war verbunden mit einem Besuch der Sonderausstellung "Roma 2000" im offenen Haus Oberwart und mit einer Kranzniederlegung beim Denkmal für die vor fünf Jahren ermordeten Roma. Auf der Burg Schlaining begrüßte der Präsident des "Österreichischen Studienzentrums für Friedens- und Konfliktforschung", Landesrat a.D. Dr. Gerald Mader, die Teilnehmer, die anschließend die didaktisch hervorragend gestaltete Ausstellung besichtigten. Die Ausstellung in der Burg Schlaining bleibt bis 5. November 2000 geöffnet. Auskunft und Anmeldung für Gruppen unter Tel.Nr.: 03355 2306



## Vor 50 Jahren - e

Der Titel dieses Beitrages ist nicht übertrieben. Man könnte auch feststellen, im Oktober 1950 haben die Arbeiter in Wien und Niederösterreich mit ihren Gewerkschaften unsere Republik vor großem Schaden bewahrt.

### Wie war es damals?

Im September und Oktober 1950 versuchten die Kommunisten, die Regierung mit Hilfe eines von ihnen geplanten Generalstreiks zu stürzen, die wichtigsten Funktionen im ÖGB und in den Gewerkschaften zu besetzen. 1950 war Österreich von den Siegermächten besetzt. Unser Land wurde in vier Zonen aufgeteilt. In Vorarlberg und Tirol regierten die Franzosen, in Salzburg und Oberösterreich die Amerikaner, in der Steiermark und in Kärnten die Engländer, und in Niederösterreich und Burgenland die Russen. Auch Wien wurde nach Bezirken in vier Zonen aufgeteilt, nur der erste Bezirk wurde gemeinsam verwaltet. Der Vorsitzende des in Wien ansässigen Alliierten Rates und gleichzeitig Stadtkommandant wurde jeden Monat gewechselt. Im September 1950 führten die Amerikaner den Vor-

sitz. Seit 1945 gab es drei politische Parteien, die Sozialistische Partei, wie sie damals genannt wurde, die Österreichische Volkspartei und die Kommunistische Partei. Bei den Nationalratswahlen im November 1945 erhielten die Kommunisten 4 Mandate von 165 oder 5 Prozent der Stimmen. Von diesem Ergebnis waren nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Russen schwer enttäuscht. Beide hatten mit 30 bis 40 Prozent der Stimmen gerechnet. Zu den Wahlen 1949 war von den Alliierten eine vierte Partei, die "Wahlpartei der Unabhängigen", zugelassen worden. Zuvor war von Innenminister Helmer der VdU (Verband der Unabhängigen) zugelassen worden. Bei dieser Wahl durften zum Unterschied von 1945 die registrierten ehemaligen Nazis wieder wählen. Die "Unabhängigen" erreichten auf Anhieb 16 Mandate im Nationalrat - zu Lasten von SPÖ und ÖVP. Auch im Betriebsrat der Linzer Vöest wurde der VdU so stark, dass die Sozialisten nicht mehr die absolute Mehrheit innehatten.

### Der Konflikt beginnt

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten waren mit der in jenen



SPÖ und ÖGB riefen nach dem Sieg über den Putschversuch Zehntausende zu einer Kundgebung vor dem Wiener Rathaus

# s ging um Österreichs Freiheit

schweren Jahren durchgeführten Regelung der Löhne und Gehälter unzufrieden. Dies deshalb, weil die Löhne mit der Steigerung der amtlich geregelten Preise der wichtigsten Nahrungsmittel verbunden waren, die tatsächlichen Preise von Bedarfsartikeln jedoch in viel stärkerem Ausmaß stiegen. Um die Preise und Löhne zu stabilisieren und die Inflation bedingt durch den Mangel nicht nur an Nahrungsmitteln, sondern auch an den wichtigsten Bedarfsartikeln einzudämmen, beschlossen die Regierung, die Vertreter der Wirtschaft und der Arbeitnehmer, eine kühne Operation vorzunehmen.

## Die Lohn- und Preisabkommen

Nach längeren Beratungen einigten sich die Vertreter der Bundeswirtschaftskammer, der Landwirtschaftskammern, der Arbeiterkammern, der Industriellenvereinigung und des ÖGB auf die zentrale Lenkung der Preise und Löhne. In der Folge kam es 1947 zum ersten Lohn- und Preisübereinkommen. Im September 1948 zum zweiten, im Mai 1949 und im September 1950 zum vierten.

## Beginn der Auseinandersetzungen

Schon am 22. September wurde verlautbart, dass die Unternehmerorganisationen und der ÖGB zu einer vorläufigen Einigung über das vierte Lohn- und Preisabkommen gelangt seien, das Resultat aber den zuständigen Körperschaften zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt würde. Doch am 25. September begannen in Linz, von VdU-Betriebsräten angeführt, Streiks. Sie wurden von den Kommunisten unter-

stützt, die in der Folge versuchten, sich an die Spitze der Streikbewegung zu stellen. Der ÖGB berief daraufhin für den 26. September eine Vorstandskonferenz ein, das zweithöchste Organ nach dem Bundeskongress. Die Vorstandskonferenz stimmte mit Ausnahme der Kommunisten dem vierten Lohn- und Preisübereinkommen zu. Präsident Böhm musste wüste Beschimpfungen der Kommunisten erdulden. Nach dem Beschluss und ihrer Niederlage verkündeten die Kommunisten, der Verrat sei perfekt, und riefen ihre Anhänger auf, den "Preistreiber-



Gewalttätige KPLer werden mit Wasserwerfern bekämpft

pakt" mit allen Mitteln zu bekämpfen. Somit wurde das vierte Lohn- und Preisabkommen zum Anlass genommen, um durch Streiks und Massendemonstrationen die Grundfesten der Zweiten Republik zu erschüttern. Die erwähnte Betriebsrätekonferenz forderte unter anderem, die ordnungsgemäß gewählten Führer des ÖGB auf, sofort zurückzutreten. Die putschartige Eroberung der Gewerkschaften wurde dabei offen proklamiert. Am gleichen Tag kam es schon in den Vormittagsstunden zu einem von den Kommunisten organisierten Auf-

marsch in die Innere Stadt in Wien. Dieser Aufmarsch wurde mit einer Kundgebung vor dem Bundeskanzleramt auf dem Ballhausplatz abgeschlossen. Die Organisatoren rechneten mit 15.000 Teilnehmern, tatsächlich nahmen etwa 6.000 teil. Es kam zu wüsten Ausschreitungen, zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei mehrere Polizisten verletzt wurden. Der damalige Innenminister Oskar Helmer lehnte ein militärisches Eingreifen der Amerikaner energisch ab. Das war ein kluger Schritt in einer sehr ernsten Situation, denn es ist anzunehmen,

50.000 Personen beschäftigt. Die Streiks zeigten Züge eines Putschversuchs. In Wien wurde der Verkehr gewaltsam unterbrochen, es kam zu Überfällen auf nicht streikende Arbeiter und zu Schlägereien nicht nur mit der Exekutive, sondern auch mit den Selbstschutzverbänden der Gewerkschaften.

## Bauarbeiter wehren sich

Es waren vor allem die Angehörigen der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft, die unter der Führung ihres damaligen Vorsitzenden Franz Olah, mit Schaufelstielen "bewaffnet", die Kommunisten von weiteren Aktionen abhielten. Zu Zwischenfällen kam es auch in Wiener Neustadt, in Ternitz und an anderen Orten. Schon einige Tage zuvor war die Arbeiterkammer in Linz von Streikenden besetzt und der Präsident zum Rücktritt gezwungen worden. Am 5. Oktober in den Abendstunden begann die Streikbewegung zu versickern. Das Präsidium der "gesamtosterreichischen Betriebsrätekonferenz" auch formell die Beendigung der Streiks. Die von den Kommunisten ausgelösten Unruhen dauerten vom 26. September bis zum 6. Oktober. In diesen Tagen umstellten Fahrzeuge aus den Erdölbetrieben auch das Gewerkschaftsgebäude in der Hohenstaufengasse in Wien. Während dieser Zeit war das Gebäude von einer Polizeieinheit und von einigen Sekretären unter der Führung des damals für die Organisation verantwortlichen Anton Benya bewacht. Es waren sehr kritische Tage, und eine Bewährungsprobe für die Zweite Republik, die Dank des Wirkens aller demokratischen Kräfte gemeistert werden konnte.

Alfred Ströer

## Trotz Pragmatisierung: solch ein Lehrer darf nicht mehr in die Klasse



Wiens Stadtschulratspräsident Kurt Scholz zufrieden

**E**in Urteil, das hoffentlich Schule macht: Obwohl von den Geschworenen freigesprochen, wurde nun durch ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofes der Weg frei, zwei Berufsschullehrer wegen ihrer ausländerfeindlichen und nazistischen Sprüche trotz bestehender Pragmatisierung zu entlassen.

Der eine Fall betraf den Lehrer M., der auf ausländische Schüler Sager wie diese losließ: "Ihr könnt das Gras vor meiner Tür fressen." Der andere Beschuldigte wurde von Geschworenen freigesprochen, die den Schülern, die als Zeugen auftraten, nicht glaubten. Berufsschullehrer R., von Beruf Elektrotechniker, hat – so das Erkenntnis des Höchstgerichts – seine Schüler zu manipulieren versucht, indem er Unwahrheiten aufsuchte. Zum Beispiel, dass in Dachau kein Jude getötet worden sei, und dass es keine Beweise für die Judenvergassungen in Auschwitz gebe. Auch soll er die rechtsextreme Zeitschrift "Halt" an Schüler verteilt haben. Auch vertrat er gegenüber Mädchen die Meinung, Frauen eigneten sich aus biologischen Gründen nicht für Politik, man müsste ihnen das Wahlrecht entziehen. Das waren nach An-

sicht des Verwaltungsgerichts keine kleinen Fehlleistungen von Pädagogen, denen die Nerven durchgingen, sondern es handelte sich "um einen schwerwiegenden Vertrauensbruch gegenüber dem Dienstgeber." Ähnlich hatten bereits die internen Disziplinarverfahren den Fall beurteilt. Schuldirektor Reinhard Horner hatte, schon nachdem er von Schülern von den unqualifizierten Äusserungen erfahren hatte, erklärt: "Der kommt mir in keine Klasse mehr!" Wiens Stadtschulratspräsident Kurt Scholz begrüßte dieses Urteil, weil es – entgegen der bisherigen Praxis – zum ersten Mal ermöglicht hat, Lehrpersonen, denen solche Verfehlungen nachgewiesen wurden, trotz Pragmatisierung zu entlassen. "Der Geschworenenfreispruch war ein Fehlurteil, wie es in einem Rechtsstaat immer wieder vorkommen kann", sagte er. "Aber die nunmehr ermöglichte Entlassung ist eine Bestätigung dafür, dass diejenigen, die sich was trauen, doch nicht ohnmächtig sind. Die Schüler, die Zivilcourage bewiesen haben, als sie dem Direktor die Vorfälle mitteilten, gehören vor den Vorhang!" Es sei zu hoffen, dass der Fall zu einem Präzedenzfall werde. ■

## Wer die Vergangenheit kennt

**U**nter diesem Motto steht die 1999 der Öffentlichkeit zugänglich gemachte Dokumentation "Obersalzberg - Orts- und Zeitgeschichte". Sie informiert die Besucher über die wechselvolle Geschichte des Obersalzbergs und gewährt einen Blick auf das verbrecherische Treiben des NS-Regimes.

Anlässlich des Gedenkjahres "55 Jahre nach der Befreiung vom Naziregime" führte die Bezirksgruppe Wien Innere Stadt, des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, eine Studien- und Gedenkfahrt zur Dokumentation nach Berchtesgaden und zur Gedenkstätte für die Opfer des Nazifaschismus, in Hallein, durch. Dr. habil. Hartmut Mehlinger führte die Besucher durch die Dokumentation auf dem Obersalzberg, die sich schwerpunktmäßig mit folgenden Themen befasst:

### Der Berg

Seit 1517 wird am Salzberg Salz abgebaut. Der Obersalzberg gehörte zum Augustiner Chorherrenstifts Berchtesgaden. Als Leibeigene des Stiftes waren die Bauern verpflichtet Arbeits- und Wachdienste zu leisten, Steuern abzuführen und Eheschließungen bewilligen zu lassen. 1810 wurde das Ländchen bayrisch.

### Sommerfrische

Der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufkommende Tourismus verbesserte die Lebensbedingungen der Bevölkerung. 1872 wurde die erste Fremdenwohnung eingerichtet und die 1877 errichtete "Pension Moritz" machte den Obersalzberg zum Anziehungspunkt für wohlhabende Städter. Zu den Gästen auf dem Obersalzberg zählten die Schriftsteller Peter Rosegger, Ludwig Ganghofer und Richard Voß ebenso, wie die Erfinder und Unternehmer Carl von Linde und

Arthur Eichgrün.

### "Herr Wolf" ist da

Im Mai 1923 kam Hitler erstmals auf den Obersalzberg um Kontakt zu Dietrich Eckhart, dem damaligen Chefredakteur des "Völkischen Beobachters" aufzunehmen. Da Eckhart mittels Haftbefehls gesucht wurde, lebte er unter dem Decknamen "Dr. Hofmann" auf dem Obersalzberg. Hitler führte sich mit dem Tarnnamen "Herr Wolf", ein, den er schon während seiner Spitzeltätigkeit für die Reichswehr verwendet hatte. Mit Hilfe der NS-Propaganda sollte sich dieser "Herr Wolf" später auch noch in einen "Schafspelz" hüllen.

### Der "Hitler-Putsch"

1923 verfügte die NSDAP in Bayern bereits über maßgeblichen politischen Einfluss. Als Hitler am 1. Juli 1923 in Berchtesgaden öffentlich auftrat, fand er ein begeistertes Auditorium vor. Den Boden für seine erfolgreichen Auftritte hatte die im Februar 1922 gegründete Ortsgruppe der NSDAP aufbereitet. Der Höhenflug währte vorerst nicht lange. Nachdem Hitler am 8. November 1923 im Bürgerbräukeller in München die "nationale Revolution" ausgerufen hatte, wurde die Partei verboten, Hitler wurde verhaftet und durch das Münchner Volksgericht zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt.

### Machtergreifung

Im Dezember 1924 wurde Hitler vorzeitig auf Bewährung entlassen. Es folgte die Neugründung der NSDAP und die Herausgabe seiner programmatischen Schrift "Mein Kampf". 1928 mietete er das Haus Wachenfeld, welches er 1933, nach seiner Ernennung zum "Reichskanzler", erwarb.

Der Obersalzberg war nunmehr zu einem Regierungssitz Hitlers und somit zu einem Machtzentrum des Reiches avanciert. Die Urlaubsgäste mieden den Ober-



# nt, kann die Zukunft verantwortungsvoll gestalten

salzberg, da sie die von ihnen gewünschte Ruhe nicht mehr vorfanden. Ein "Führersperrbezirk" wurde errichtet, und fortan konnte nur mehr ein speziell ausgewählter Personenkreis in die Nähe des "Reichskanzlers" gelangen.

## Führer-Kult um Hitler

Der "Führer-Kult" wurde durch idyllisch-beschauliche, auf dem Obersalzberg entstandene Aufnahmen gefördert. Im Laufe der Zeit entfernten sich die Darstellungen immer mehr von der Realität.

Längst fanden auf dem Obersalzberg keine Massenbesuche, wie in den Jahren 1933/34, statt, längst war der Nachbar mit dem Hitler abgebildet war vertrieben und sein Hof zerstört, doch die alten Bilder wurden von der Parteipropaganda massiv genutzt, um die Illusion vom "Volkskanzlers" aufrecht zu erhalten. Die Presse, Zigarettenbildchen, Souvenirs mit "Berghof"-Kitsch und die Abwandlung der Sage vom Untersberg verstärkten den Hitler-Mythos.

## Opportunisten und Vasallen als Gäste

1938/1939 traf Hitler auf dem Obersalzberg mit dem österreichischen Bundeskanzler Kurt Schuschnigg, dem Führer der tschechoslowakischen Sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein, dem britischen Premierminister, Neville Chamberlain und dem polnischen Außenminister Oberst Jozef Beck zusammen, um auf diplomatischem Wege die Ausdehnung des "Großdeutschen Reiches" vorzubereiten.

Nach Kriegsausbruch waren Benito Mussolini, der rumänische Ministerpräsident, Johann Gigurtu, der bulgarische Ministerpräsident, Bogdan Filoff, und der slowakische Staatspräsident Jozef Tiso Gäste auf dem Obersalzberg. Unter anderen waren auch König Boris III von Bulgarien und der japa-

nische Botschafter Hiroshi Oshima Gesprächspartner Hitlers.

Aus den von Deutschland besetzten Staaten besuchten der belgische König Leopold III, Pierre Laval, Ministerpräsident der Vichy-Regierung, Admiral Francois Darlan, Stellvertretender Ministerpräsident, Außen-, Innen- und Marineminister in Vichy-Frankreich sowie Vidkun Quisling, der Führer der norwegischen Nationalregierung die Machtzentrale auf



So sah Hitlers „Berghof“ bis zum 25. April 1945 aus

dem Obersalzberg.

## Filiale von Berlin

Hermann Göring folgte Hitler als erster auf den Obersalzberg. Nach ihm siedelten sich Martin Bormann und Albert Speer am Obersalzberg an. Ebenso wohnte Goebbels zeitweise dort. Nach und nach wurde eine SS-Kaserne mit Wagenhalle und unterirdischem Schießstand, ein Teehaus, Theater- und Kinohallen für die Arbeiter, ein Gutshof mit Bienenzucht und Gewächshaus für die Ernährung Hitlers und eine hohe Strasse auf den Kehlstein errichtet.

Die Finanzierung der Bautätigkeit auf dem Obersalzberg war dank Martin Bormann, der Zugriff auf die erforderlichen Geldmittel hatte, nie in Frage gestellt.

Erst gegen Ende des Krieges behinderten die Luftangriffe die

Transporte auf den Obersalzberg.

## Die nationalsozialistische Diktatur

Zahlreiche Dokumente geben in der Ausstellung Aufschluss über die sogenannte "Volksgemeinschaft", über ihre Organisation, den Terrorapparat, Hitlers "Rassenpolitik", den Widerstand, die Emigration, Hitlers Außenpolitik, die Ursachen für den Zweiten Weltkrieg und dessen Verlauf. Die Besucher der Dokumentation er-

schien 101. Airborne-Division den einstigen Regierungssitz, dessen Machtzentrale bereits in Flammen aufgegangen war.

## Die Bunkeranlagen

Den Abschluss der Führung durch die Dokumentation bildete der Besuch der Bunkeranlagen. Der Bau dieser Anlagen wurde im Sommer 1943 begonnen und bis kurz vor Kriegsende fortgesetzt. Dieses aus acht Einheiten bestehende System ließen die Machthaber des "Dritten Reiches" von Facharbeitern errichten. Die Anlagen enthielten Wohn-, Schlaf- und Speisezimmer, Arbeitsräume, Küchen, Bäder und Toiletten, sowie eine Telefonanlage mit 800 Anschlüssen. Tieferliegende Stollen versorgten die Anlage mit Strom und sorgten für die Klimatisierung. Der Zugang wurde durch MG-Stände gesichert.

Als die britischen Lancaster Bomber am 25. April 1945 den Obersalzberg angriffen, überlebten, statt der damaligen Machthaber, mehr als tausend Arbeiter in der Bunkeranlage.

## Gedenken in Hallein

Der zweite Tag der Studien- und Gedenkfahrt war dem Andenken an die Opfer des Naziregimes in Hallein gewidmet.

Beim Mahnmal für die Opfer des Freiheitskampfes 1934 bis 1945, im Stadtfriedhof von Hallein, gedachten die Mitglieder der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer bei einer Kranzniederlegung der in der SS-Hinrichtungsstätte Taugwald ums Leben gekommenen Opfer, sowie der von den Nazis hingerichteten Widerstandskämpferin Josefine Lindorfer - nach ihr wurde eine Mädchenschule in Hallein benannt, und der Kämpfer gegen das Naziregime Edmund Molnar und Hans Pramer, deren Andenken die Stadt durch die Benennung von Plätzen geehrt hat.

halten Einblick in Hitlers Weltbild von der "revolutionären" Ordnung und in die Entwicklung des SS- und Polizeiapparates zur mächtigsten Organisation des "Dritten Reiches". Erschütternde Bilder erinnern an Judenverfolgung und Völkermord, an Widerstand und Emigration. Hitlers außenpolitisches Konzept, Antisemitismus, Antibolschewismus und die Eroberung von "Lebensraum", dem das Streben nach Weltherrschaft zugrunde lag, sowie die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges werden in der Dokumentation anschaulich dargestellt.

## Das Ende der Kommando-zentrale des Dritten Reiches

Am 25. April 1945 wurde das Gebiet des Obersalzbergs von britischen Bombenverbänden angegriffen und am 4. Mai 1945 besetzten Einheiten der amerikani-

Edith Krisch

## Österreichs "Versöhnungsgesetz" beschlossen

Das Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds-Gesetz), in welchem auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs, der unser Bund angehört, auch Österreicher, welche Zwangsarbeit in Österreich geleistet haben, Berücksichtigung finden, wurde am 7. Juli 2000 vom Nationalrat einstimmig beschlossen. Über Initiative der Arbeitsgemeinschaft wird ein Vertreter dieser Interessensvertretung (§ 12 Abs. 1 Ziff. 7 des Bundesgesetzes) dem obersten Organ des Fonds, dem Kuratorium, angehören. Das Gesetz

bestimmt, dass der Fonds einmalige Geldleistungen an Personen erbringen wird, die vom NS-Regime zwangsweise oder unter Vortäuschung falscher Tatsachen zur Arbeit in das Gebiet der heutigen Republik Österreich verbracht wurden oder nach freiwilligem Aufenthalt dort an einer Heimkehr gehindert wurden, hier zur Arbeit gezwungen wurden, besonders schlechten Lebensbedingungen unterworfen waren und entweder a) haftmäßig untergebracht oder sonst einer wesentlichen Freiheitsbeschränkung unterworfen waren oder b) in ihren persönlichen Rechten eingeschränkt und besonders strengen Disziplinarmaßnahmen unterworfen waren. Weiter bezieht das Gesetz Sklavenarbeiter ein, die in

einem in Österreich gelegenen KZ unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen wurden. Auch für Kinder, die vor Vollendung des 12. Lebensjahrs mit einem oder beiden Elternteilen nach Österreich gebracht oder hier von einer Zwangsarbeiterin geboren wurden, gilt das Gesetz. Folgende Leistungen sind vorgesehen: 105.000 ÖS erhalten Personen, die als KZ-Insassen zur Sklavenarbeit gezwungen wurden oder nachweislich schwere physische oder psychische Schädigung erlitten haben. 35.000 ÖS für Zwangsarbeiter in der Industrie, der gewerblichen Wirtschaft, der Reichspost und Reichsbahn sowie öffentlichen Einrichtungen. 20.000 ÖS für Zwangsarbeit in der Land- und Forstwirtschaft oder in

Form von persönlichen Dienstleistungen. Für Zwangsarbeiterinnen, die zu einer Abtreibung gezwungen wurden, gibt es eine zusätzliche Entschädigung von ÖS 5.000. Kinder und Minderjährige erhalten den Betrag, der dem Elternteil zusteht oder zustehen würde. Alle Anträge müssen innertalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten eingelangt sein. Auskunft über den Tag des Inkrafttretens und die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes gibt die Homepage unseres Bundes [www.freiheitskaempfer.at](http://www.freiheitskaempfer.at); der Gesetzestext kann auch von unserem Sekretariat angefordert werden. Über die Möglichkeit einer Zwangsarbeiterentschädigung durch Deutschland informieren wir auf Seite 12.

## Internet-Möglichkeiten nutzen!

Rund um das Internet ranken sich einige Legenden und Vorurteile. Vor allem, dass es eine Informations- und Kommunikationsquelle von Neonazis und anderen Udemokraten wäre. Das mag teilweise stimmen. Was allerdings auch stimmt, ist die Tatsache, dass auch wir Antifaschisten uns viel aus dem Internet herausholen können. Ich möchte das anhand von drei praktischen Beispielen illustrieren: Für den Sommer plante ich einen Urlaub an der Ostsee. Auf dem Weg dorthin wollte ich mir zwei KZ-Gedenkstätten, Flossenbürg und Sachsenhausen, ansehen. Ich habe zwar Literatur darüber, aber die Auskünfte dort müssen nicht mehr aktuell sein. Also rein ins Internet, und erst den Suchbegriff "Flossenbürg" und dann "Sachsenhausen" eingegeben. Sekunden später bin ich auf den Homepages der Gedenkstätten und bekomme die aktuellsten Informationen rund um Öffnungszeiten, Besichtigungsmöglichkeiten, Literatur etc. Das hat meine Reisplanung sehr erleichtert. Zweites Beispiel: Ich habe eine interessante Broschüre des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes über die Verfolgung der Zeugen Jehovas ("Bibelforscher") gelesen. Darin erwähnt der Autor, dass die Nazis in Magdeburg, der Zentrale der "Wachturm-Gesellschaft", 1933 eine große Bibelverbrennung



Auch über SPÖ-Bezirkssekretariate kann man ins Internet

durchführten. Da meine SPÖ-Sektion eine Partnerschaft mit dem Ortsverein SPD-Magdeburg hat, interessiert mich diese Verbrennung näher, vielleicht können wir eine Gedenktafel initiieren. Über das Internet habe ich die E-Mail-Adresse des Autors herausbekommen und ihn kontaktiert. Drittes Beispiel: Schon immer hat mich interessiert, was "Yad Vashem" auf Deutsch heißt. Nichts leichter als das. Den Suchbegriff eingegeben und wenig später auf der hochinteressanten Homepage der zentralen israelischen Gedenkstätte für die Shoah Opfer gelandet. Yad Vashem bedeutet "unvergänglicher, ewiger Name". Was ich mit diesem Artikel bezwecken will, ist, dass Genossinnen und Genossen das Internet als Quelle des Wissens, der Informationen und der Kontakte für ihre Tätigkeit und ihre Aktivitäten nutzen. Man muss nicht unbedingt einen Computer daheim haben, um einzusteigen. Auch in den Bezirkssekretariaten der SPÖ bzw. bei Bekannten kann man ins Internet.

Nur keine falsche Zurückhaltung!

Gerald Netzl

P.S.: Eine Liste der für uns wichtigen Internet-Adressen findet sich auf der Homepage unseres Bundes, [www.freiheitskaempfer.at](http://www.freiheitskaempfer.at)

# Ehemalige „999er“ als Zeitzeugen

Unter diesem Motto trafen einander am 16. u. 17. September 2000 ehemalige Angehörige der "Afrika-Brigade 999" und Angehörige der „Bewährungseinheit 999“ aus Deutschland und Österreich auf dem Heuberg - Baden-Württemberg. Veranstalter war die Arbeitsgemeinschaft ehemaliger 999er in Deutschland und Österreich. Ort der Begegnung war das ehemalige Konzentrationslager und späterer Truppenübungsplatz in Stetten am Kalten Markt.

An jenem Ort, an dem vor 58 Jahren einige tausend Männer aus allen Teilen des ehemaligen Deutschen Reiches zur militärischen Ausbildung einberufen wurden. Es waren Männer mit dem "Blauen Schein", Wehrunwürdige, die zu Soldaten ausgebildet wurden und für Adolf Hitler kämpfen sollten. Sie kamen aus Konzentrationslagern, oder, wie es damals hieß aus Zuchthäusern; darunter waren auch Männer, die ihre Strafe bereits verbüßt hatten. Alle wurden am Lagereingang von Angehörigen der Feldpolizei empfangen und auf den Appellplatz geführt.

Unter den Teilnehmern an der Begegnung, waren Männer die im Dezember 1942 und im Jänner 1943 eine harte militärische Ausbildung ertragen mussten. Nicht alle überlebten die Tortur. Einige verweigerten den Eid auf Adolf Hitler, andere lehnten es ab eine Waffe zu tragen und einige versuchten zu flüchten, weil sie an dem von den Nazifaschisten entfachten Krieg nicht teilnehmen wollten. 39 von ihnen wurden während der Ausbildungszeit aus diesen Gründen erschossen. Zur Abschreckung wurden die Angehörigen der jeweiligen militärischen Einheit der zum Tode Verurteilten gezwungen, an der Erschießung teilzunehmen. Zum Gedenken an die ermordeten

wurden von ehemaligen Angehörigen der Afrika-Brigade 999 Kränze niedergelegt und in den Gedenksprachen wurden an die schrecklichen Verbrechen des Hitler-Regimes erinnert und die Überlebenden aufgerufen, alles zu tun, damit sich derartiges in der



Gedenktafel der SPD für die 999 er

Zukunft nicht wiederholt. Reinhard Hildebrandt, der Landessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, erinnerte in seiner Ansprache an die Errichtung des ersten Konzentrationslagers durch die Gestapo Ende März 1933. "Die Gefangenen, rund 2000 setzten sich aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaften, Arbeitersportlern, Mitgliedern des Reichsbanners und des Antifaschistischen Kampfbundes - unter ihnen auch zahlreiche Juden - zusammen." In seiner Rede erinnerte Hildebrandt daran, dass sich unter den Häftlingen auch der SPD-Landtagsabgeordnete und Reichstagsabgeordnete Kurt Schumacher, der im Ersten Weltkrieg den rechten Arm verloren hatte, in der Zeit von 1933 - 1935 im KZ Heuberg und Oberer Kuhberg befand und vom Kuhberg direkt nach Dachau überstellt wurde. "Kurt Schumacher wurde 1943 in Dachau aus der Haft entlassen und war nach 1945 SPD-Vorsitzender und Frak-

tionsvorsitzender der SPD im Bundestag.

Im Oktober 1941 wurde auf dem Truppenübungsplatz die "Bewährungseinheit 999" aufgestellt. Die großen Verluste der Wehrmacht sollten dadurch ausgeglichen werden, dass bislang als

ausdrückte." Reinhard Hildebrandt fuhr weiters fort: "Die Antifaschisten verbindet das Erinnern und Gedenken mit den Aufgaben für heute. Das heißt die Durchsetzung des Verbots aller neonazistischen Gruppierungen und Parteien und ihre Auflösung, ebenso das Verbot der neofaschistischen Propaganda."

In längeren Gesprächen wurde von den Teilnehmern die Rolle der 999er erörtert. Man beschäftigte sich auch mit der Tätigkeit rechtsradikaler Politiker, Gruppen und Parteien, die mit rechtswidrigen Mitteln versuchen, demokratische Einrichtungen zu zerstören. Die Antwort auf diese Bedrohungen kann nur lauten: "Wachsam bleiben, alles zu tun um unsere demokratischen Einrichtungen vor ihren Feinden zu schützen. breites Bündnis aller aufrechten Demokraten zustande kommt, um Menschenwürde, und Demokratie zu verteidigen.

"wehrunwürdig" geltende Männer eingezogen wurden und auf dem Heuberg eine kurze Ausbildung erhielten. "Unter ihnen waren viele Antifaschisten und unsere heute anwesenden Kameraden aus Österreich, Berlin, Stuttgart und anderen Orten" sagte Hildebrandt. "Die Grundhaltung unserer Kameraden, die hier auf dem Heuberg vom Naziregime verfolgt waren, war vom unzerstörbaren Glauben an die Menschenrechte bestimmt, sie kämpften dafür und standen mit allen ihren Kräften dafür ein, eine Gesellschaftsordnung zu erringen, in der der Einzelne und die Völker das gleiche Recht erhalten, in Freiheit und Frieden am Aufbau einer glücklichen Welt mitzuwirken.

Dort, wo Demokratie lebendig ist, ist für Nazis kein Raum. Dafür haben sie die Haft und die Folterungen in den Konzentrationslagern oder den Tod erlitten. Dies je zu vergessen, wäre ein schamloser Verrat, wie es einmal der sozialistische Dichter Oskar Maria Graf

Als überlebende Zeitzeugen des NS-Terrors vermitteln sie, besonders der jungen Generation, Erfahrungen und Lehren aus der Geschichte. Alfred Ströer, selbst ehemaliger 999er, dankte im Namen seiner Leidensgenossen aus Österreich für die Einladung zu dieser würdevollen Gedenkveranstaltung auf dem Heuberg. Er schilderte Erlebnisse, die er während der Zeit auf dem Heuberg im Dezember 1942 und Jänner 1943 und als Soldat in Belgien Frankreich und auf der Insel Rhodos hatte und er warnte vor den Gefahren die von Unbelehrbaren und Vereinfachern, die sich in rechtsextremen Gruppen und Parteien sammeln, ausgehen. Die Teilnehmer an dieser Gedenkfahrt, überwiegend ehemalige 999er und Hinterbliebene von ermordeten Bewährungssoldaten, waren vom Ablauf der Gedenkfahrt tief beeindruckt.

Alfred Ströer

## Zwangsarbeiterentschädigung durch die deutsche Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft"

**P**ressemitteilung der IOM Internationale Organisation für Migration

Mit dem Inkrafttreten des bundesdeutschen Gesetzes zur Errichtung der deutschen Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" am 12. August 2000 sind ehemalige Zwangsarbeiter aus der Zeit des Nationalsozialismus berechtigt, eine finanzielle Entschädigung zu beantragen. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) ist zuständig für solche Zwangsarbeiter, die nicht-jüdischer Abstammung sind und überwiegend außerhalb des Gebietes der heutigen Republik Österreich oder aber in einem Konzentrationslager (auch innerhalb des Gebietes der heutigen Republik Österreich) Zwangsarbeit geleistet haben. Berechtigt zur Antragstellung über die Internationale Organisation für Migration (IOM) in Wien sind alle nicht-jüdischen Zwangsarbeiter, die am 16. Februar 1999 ihren Hauptwohnsitz in Österreich hatten und

die in der Zeit der NS-Herrschaft und des Zweiten Weltkriegs im Deutschen Reich und in den von Deutschland besetzten Gebieten Zwangsarbeit leisten mussten, wobei ehemalige Kriegsgefangenschaft keine Leistungsberechtigung begründet. Um unter dem Bundesdeutschen Gesetz antragsberechtigt zu sein, müssen Antragsteller überwiegend außerhalb des Gebietes der heutigen Republik Österreich oder in einem Konzentrationslager (dazu zählen das KZ Mauthausen und seine Nebenlager, sowie die Nebenlager des KZ Dachau auf dem Gebiet des heutigen Österreich) Zwangsarbeit geleistet haben. Antragsteller sollten sich unter Angabe des Namens und einer Kontaktadresse bei IOM Wien registrieren. Die Antragstellung bei IOM ist kostenfrei. Die Antragsfrist endet am 11. August 2001. Die Entschädigung für berechtigte Personen kann bis zu 15.000,- DM betragen. Ist ein Leistungsberechtigter nach dem 15. Februar

1999 verstorben, so sind die Erben (überlebende Ehepartner, Kinder) antragsberechtigt. Originaldokumente sollen nicht eingesandt werden. Antragsteller werden von IOM über die Antragsbearbeitung auf dem laufenden gehalten. Die Registrierung für nicht-jüdische Antragsteller in Österreich erfolgt über: Internationale Organisation für Migration (IOM) Nibelungengasse 13/4 1010 Wien  
Telefon - Hotline: 0664 - 383 56 63 (Montag - Freitag von 8.00 bis 16:30)  
Fax: 01/585 33 22 30  
E-Mail: D-compensation-at@iom.int  
Für jüdische Antragsteller ist die "Conference on Jewish Claims Against Germany" zuständig: Conference on Jewish Claims Against Germany Sophienstraße 26 D-60487 Frankfurt am Main  
Telefon: 0049-69-97 07 08-0  
Fax: 0049-69-97 07 08-11  
E-Mail: matschke@claimscon.de

## Gedenken an Otto Bauer

**Ü**ber Initiative der Bezirksgruppe Favoriten unter der Leitung von LABg.a.D. Herta Slabina gedachten Favoritner Mitarbeiter und Wiener Funktionäre der Freiheitskämpfer des Genossen Otto Bauer, der im Jahr 1938 in Paris, in der politische Emigration, gestorben ist. Landesvorsitzender Abg. z. NR a.D. Ernst Nedwed wies in seiner Gedenkrede darauf hin, dass Otto Bauer, der 1934 bis zuletzt die bewaffnete Auseinandersetzung verhindern wollte, sich nach dem spontanen Ausbruch der Februartkämpfe trotzdem sofort in die Kommandozentrale des Republikanischen Schutzbundes im Favoritner Washington-Hof begab, um im Kampf bei den Schutzbündlern zu sein. Die katastrophale Lage in Wien und in den Bundesländern, sowie der Zusammenbruch der Kommunikation mit den Widerstandszentren, zwang jedoch Otto Bauer, um seiner Verhaftung durch die Austrofaschisten zu entgehen,

das Land zu verlassen. Von Brünn aus unterstützte Otto Bauer später mit dem Auslandsbüro der Österreichischen Sozialdemokratie die in der Illegalität entstandene Revolutionäre Sozialistische Partei organisatorisch und politisch. Der Vormarsch der Nazis in Mitteleuropa erforderte den Umzug des Büros nach Paris, wo Otto Bauer, am 4. Juli 1938 einer Herzattacke erlag. Die Asche Otto Bauers kehrt 1948 nach Wien zurück und ist seither auf dem Wiener Zentralfriedhof im Urnengrab der Sozialdemokratischen Parteivorsitzenden beigesetzt. An der Gedenkveranstaltung nahmen der Vorsitzende der SPÖ Favoriten Abg. z. NR Anton Gaal und die Bundesrätin Bruni Fuchs, sowie eine Reihe langjähriger Mandatäre, teil. Im Anschluss an das Otto-Bauer-Gedenken legten die Teilnehmer einen Kranz bei der Gedenktafel für den von den Nazis hingerichteten Widerstandskämpfer Bruno Morawitz nieder..

## inventARISIERT

**D**ie öffentliche Diskussion über die Enteignung jüdischen Eigentums drehte sich bisher vor allem um die spektakulären Fälle von Kunstraub. Die Ausstellung "inventARISIERT", bis 19. November im Museum Kaiserliches Hofmobiliendepot, Wien 7., Mariahilfer Straße 88, Eingang Andreasgasse 7, thematisiert die Auswirkungen und Folgen der nationalsozialistischen Raub- und Verfolgungspolitik im Alltag. Anhand von acht Wiener Haushalten, deren beschlagnahmte Einrichtungen im staatlichen Mobiliendepot Einrichtungen im staatlichen Mobiliendepot eingelagert wurden, wird der Raubzug, die Umformung des Raubs in einen bürokratischen Aktenlauf, aber auch der Umgang Österreichs mit seiner NS-Geschichte thematisiert. Bekanntlich wird von den USA nach der Zwangsarbeiterregelung auch eine Entschädigung für die Opfer der Arierisierungen in Österreich verlangt.

## Loibl-Gedenken

**I**m heurigen Sommer fand am Loiblpass in Kärnten eine Gedenkfeier für die Sklavenarbeiter der Aussenstelle Loibl des KZ-Mauthausen statt. Beim Bau des Loiblpass-Tunnels kamen viele von ihnen ums Leben. Ehrengast der Feier war Jorge Semprun - Widerstandskämpfer, KZ-Deportierter, Literaturpreisträger und ehemaliger spanischer Kulturminister, der die Wichtigkeit des "Kampfes gegen das Vergessen" betonte. Der Organisator der Veranstaltung, der Geschichtspräsident an der Uni Klagenfurt Peter Gstettner, bedauerte, dass das offizielle Kärnten und Österreich 50 Jahre lang nichts zum Gedenken an die Loiblpass-Zwangsarbeiter getan habe.

# Eine Oper aus Theresienstadt

Der Komponist Viktor Ullmann (1898-1944), ein Schüler von Arnold Schönberg, hatte noch die Kraft und den Mut, im KZ Theresienstadt den (infolge des Zugriffs der SS-Schergen) unvollendet gebliebenen Opern-Einakter "Der Kaiser von Atlantis" zu schaffen. Das Textbuch verfasste sein Mithäftling, der Dichter Peter Kien. Ullmann war in Teschen, Kien in Warnsdorf in Nordböhmen geboren. Ullmanns Vater war Oberst in der österreichisch-ungarischen Armee und wurde als "Edler von Tannfels" in den Adelsstand erhoben. Der Komponist lebte in seiner Jugend in Wien und dann in Prag. Ull-

mann und Kien wurden im Zuge der "Umsiedlung" der Juden aus Deutschland und Österreich in Vorbereitung ihrer Vernichtung in Theresienstadt interniert. Schon nach der Generalprobe durch das im Lager gegründete Kammerensemble wurden weitere Aufführungen des Werks verboten. Die Nazis erkannten die politische Brisanz der Oper, die, wenn auch verschlüsselt, das gewalttätige Naziregime und Hitler zum Gegenstand hatte. Nahezu alle Beteiligten wurden nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Das Werk erlebte 1975 seine Uraufführung in Amsterdam. Nun wurde es auch in Österreich unter

dem Titel "Der Kaiser von Atlantis – oder der Tod dankt ab" aufgeführt, und zwar am 8. August, am 62. Jahrestag der Errichtung des KZ Mauthausen, im Garagen-

hof der Gedenkstätte Mauthausen Memorial, aufgeführt. Weitere Aufführungen fanden in Ebensee, in Wildberg und im September im Wiener Odeon statt. ■



Die Gestalter der Oper im ehemaligen KZ Mauthausen

## www.freiheitskaempfer.at

Dem Zug der Zeit folgend, hat sie der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus entschlossen, mit einer eigenen Homepage im weltweiten Internet präsent zu sein.

Vielfach wurden uns die Fragen gestellt: "Wer sind die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer? Wie lange gibt es sie schon? Welche Ziele verfolgen sie? Welche Aktivitäten setzen sie?"

All diese Fragen beantwortet unsere Homepage. Wer sie im Internet unter der Adresse [www.freiheitskaempfer.at](http://www.freiheitskaempfer.at) aufruft, gelangt zur Übersichtsseite auf der folgende Themen aufgelistet sind und zu näheren Informationen weiterführen:

- Bundesorganisation
- Landesverbände
- Der Kämpfer
- Aktuelles, Termine
- Literatur
- Bestellung
- Kontakt
- Links

Unter den oben genannten Punkten finden Interessierte In-

formationen zur Geschichte der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, Näheres über die Bundesvorsitzenden seit 1947, einen Auszug aus unserem Statut, Artikel aus unserer Mitgliederzeitschrift "Der Sozialdemokratischen Kämpfer", Empfehlungen zur Standardliteratur und ausgewählte Publikationen. Über einen "link" können bei der SPÖ-Buchhandlung Löwelstraße und beim Dokumentationsarchiv Bücher bestellt werden. Weiters ist es möglich, mittels elektronischer Anmeldung unserem Bund beizutreten, ein Probeexemplar unserer Zeitschrift oder eine Anstecknadel zu bestellen. Da wir eine Reihe von "links" zu KZ-Gedenkstätten, Behörden und Institutionen in unsere Homepage aufgenommen haben, ist unsere Internetseite auch eine wertvolle weiterführende Hilfe zu den Themen "Widerstand" und "Holocaust". ■

### Dr. Hubert Jurasek 80 Jahre

Dr. Hubert Jurasek, Obmann der ÖVP-Kameradschaft, Vizepräsident des Dokumentationsarchives des Österreichischen Widerstandes, Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes a.D., vollendete vor kurzem sein 80. Lebensjahr.

Dr. Jurasek vertritt seine Organisation in der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs. Herzlichen Glückwunsch und auf weitere gute Zusammenarbeit.

### Franz Forster gestorben

Franz Forster, Vorstandsmitglied der ÖVP-Kameradschaft und des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, ist im 87. Lebensjahr verstorben. Franz Forster hat, solange es sein Gesundheitszustand erlaubte, in der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs aktiv mitgearbeitet.

Unser Bund war bei der Verabschiedung des Verstorbenen durch Prof. Herbert Exenberger vertreten.

## Wir gratulieren:

- Zum 99. Geburtstag:** Wilhelm Schwarz, Graz.
- 98. Geburtstag:** Walter Hofstätter, Mauthausen; Julie Praschinger, St. Pölten; Louise Axelrad, Wien.
- 97. Geburtstag:** Wilhelm Drechsler, Maria Zimmerl, Wien.
- 96. Geburtstag:** Anna Mannsberger, Judenburg; Fritz Bittner, Maria Bübl, Christine Rois, Wien.
- 95. Geburtstag:** Karoline Schmied, Bruck/Mur; Aloisia Grünwald, Karl Strasser, Wien.
- 94. Geburtstag:** Franziska Music, Linz; Alois Prinz, Wien.
- 93. Geburtstag:** Ludwig Kranz, Bruck/Mur; Milli Reitlinger, Emma Teynor, Wien.
- 92. Geburtstag:** Heinrich Helml, Attnang-Puchheim; Rupert Bock, Golling/Erlauf; Ernst Gartlgruber, Rosa Pongratz, Franz Prasser, Anton Rostocil, Franz Schüller, Josef Votter, Franz Wrba, Wien.
- 91. Geburtstag:** Anna Baumgartner, Furth b. Göttweig; August Jaritz, Kapfenberg; Alois Aichberger, Neunkirchen; Hellmuth Rattacher, Rum; Margarethe Edletzberger, Völkermarkt; Maria Grasgruber, Herta Panesch, Pauline Reschreiter, Christine Sachs, Franz Schwarz, Wien.
- 90. Geburtstag:** Dir. Franz Kramer, Graz; Margarete Reithofer, Leoben; Stefanie Doleyschi, Johanna Stein, Salzburg; Jakob Pulverer, Steindorf; Leopold Hirschmann, Käthe Langer, Leopoldine Schwam, Anny Zahalka, Wien.
- 85. Geburtstag:** Fritz Inkret, Leoben; Aurelia Oberleitner, St. Pölten; Emma Fischer, Stefanie Frank, Maria Ruzicka, Grete Schiffinger, Margarete Schnabl, Rosa Bosik, Agnes Traxler, Wien.
- 80. Geburtstag:** Franz Birner, Berndorf; Anna Fluch, Bruck/Mur; Dr. Gustav Pollak, Graz; Erich Prischl, Hainfeld; Leopold Schöggel, Judenburg; Leopoldine Feistinger, Ernst Wiesinger, Linz; Johann Dauner, Mödling; Rosa Wolf, Neusiedl/Zaya; Anna Pöpperl, Pöttelsdorf; Franz Cernek, Pötsching; Robert Zawiacic, Reichersberg; Heinrich Salfenauer, Salzburg; Franz Weiss, Steyr; Anton Pichler, Wilhelmsburg; Josef Baros, Dipl.Ing. Eugen Burian, Grete Eberl, Hansi Fiegl, Karl Fritsch, Karl Grissinger, Josef Jonas, Mag. Irene Krystoszek-Bek, Karl Mantler, Maria Novotny, Maria Panek, Franz Peska, Landtagspräsident a.D. Hubert Pfoch, Frieda Reichel, Julius Schmidt, Edward Steinitz, Dr. Kurt Steyrer, Max Tauber, Adolf Tschebann, Josef Zlesak, Wien.
- 75. Geburtstag:** Franz Ehmman, Ansfelden; Georg Kastner, Baden; Franz Triebel, Bromberg; Albin Lamprecht, Feldkirchen; Vizepräsident a.D. Josef Hoffmann, Heidenreichstein; Edith Dobesberger, Linz; Erich Weiss, Neufeld/Leitha; Albert Janecek, Wiener Neustadt; Anton Wimmer, Wolkersdorf; Theodor Bendl, Dir. Walt er Faderny, Landtagspräsidentin a.D. Erika Krenn, Antonia Kresaldo, Rudolfine Müller, Anna Pekovits, Otto Pfeffer, Gertrude Scharinger, Wilhelmine Schmidt, Anna Spevak, Wilhelmine Terp, Leopoldine Urbanek, Prof. Ernst Zipperer, Wien.

## Das war Karl Platzer

Vor sechzig Jahren, im September 1940, wurde der 37jährige Eisenbahner Karl Platzer aus Wien-Favoriten verhaftet. Als Mitglied der Revolutionären Sozialisten hatte er – so die Anklage – den organisatorischen Zusammenhalt der "Sozialistischen Arbeiterhilfe" aufrecht erhalten. Der Volksgerichtshof sah darin die "Vorbereitung zum Hochverrat". Platzer war schon von den Austrofaschisten längere Zeit ins Anhaltelager Wöllersdorf gesteckt worden. Die Nazirichter legten ihm zur Last, dass er der Ehefrau des im KZ Buchenwald befindlichen Otto Probst einen Geldbetrag von 20 Reichsmark als Unterstützung überbracht hatte. Daraus wurde auf den Fortbestand der illegalen "Arbeiterhilfe" geschlossen, ein „hochverräterische“ Versuch, die versprengten Mitglieder der SPÖ (diese Bezeichnung wurde im Akt verwendet) zu sammeln. Platzer wurde zu 19 Monaten Gefängnis verurteilt und in das KZ Groß-Rosen überstellt. Dort wurde er für medizinische Versuche der SS mißbraucht und am 7. April 1942 ermordet. Sein Urnengrab befindet sich auf dem Friedhof Purkersdorf.

### "Kämpfer"-Ausgaben gesucht

Wir suchen dringend Exemplare folgender Ausgaben des "Sozialdemokratischen Kämpfers": Nr. 11-12/1992 und Nr. 3-4/1994. Wir bitten um Meldung in unserem Sekretariat bei Genossin Krisch, Telefon 534 27/277.

## Abschied von Kurt Holubarz

Am 2. September 2000 starb der Vorsitzende unserer Bezirksgruppe Simmering, Genosse Kurt Holubarz. Er wurde am 18. Juni 1922 in Wien geboren. In einer Zeit, als die Sozialisten aus dem Untergrund heraus Widerstand gegen die Austrofaschisten leisteten, in einer Zeit, als nach dem März 1938 Arbeiter auch aus der Simmeringer Waggonfabrik, die dem Rassenwahn der Nazis nicht entsprachen, einfach auf die Straße gesetzt wurden (wie z.B. Leopold Ellenbogen, Bruder des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Wilhelm Ellenbogen), in einer Zeit, als sich der Widerstand gegen die Nazibarbarei auch in diesem Betrieb formierte, erlernte er dort von 1936 bis 1939 das Waggonbauschlerhandwerk. Dann musste er einrücken. Als er 1946 aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrte, wurde Holubarz Funktionär der SPÖ. Als Betriebsrat und Obmann der Fraktion sozialistischer Gewerkschafter der SGP, als Sektionsleiter, Bezirksrat und von 1973 bis 1983 als Abgeordneter zum Wiener Landtag und Gemeinderat vertrat er ständig die Interessen der "kleinen Leute" seines Bezirks. 1997 übernahm er die Obmannstelle der Bezirksgruppe unseres Bundes sowie die des Pensionistenverbandes.

## Anna Baumgartner geehrt

Der stellvertretende Landesverbandsobmann und Bezirksgruppenvorsitzende von Krems, Direktor Walter Faderny, überreichte am 31. Juli 2000 Anna Baumgartner in Fürth-Göttweig das ihr vom Bundesvorstand verliehene goldene Abzeichen des Bundes der sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus für langjährige Mitgliedschaft. Anna Baumgartner, die am 2. Juni 2000 ihr 91. Lebensjahr vollendete, ist die Witwe nach Franz Baumgartner, der während der Naziherrschaft zu sechs Jahren Haft verurteilt wurde und dann im Strafbataillon 999 eingesetzt wurde.

# Wichtige neue Bücher

## ■ ■ ■ Geist gegen Gewalt

Demnächst wird im Wiener Mandelbaum-Verlag eine von Herbert Exenberger herausgegebene Anthologie erscheinen. In dem Buch "Als stünd' die Welt in Flammen" werden – heute zum Teil vergessene – Dichter und Schriftsteller mit ausgewählten Texten vorgestellt, die mit literarischen und politischen Mitteln für eine bessere Welt und gegen die faschistische Unterwerfung der Gesellschaft auftraten. Etliche von ihnen waren Mitglieder der im Jänner 1933 gegründeten "Vereinigung sozialistischer Schriftsteller". Zu ihnen gehörten die von den Nazis ermordeten Autoren Heinrich Steinitz, Adolf Unger, Thekla Merwin, Walter Lindenbaum, Käthe Leichter, Adele Jellinek, Else Feldmann und Benedikt Fantner.

## ■ ■ ■ Chronist seiner Zeit

Unter dem Titel "Zwischenwelt" ist im Drava-Verlag, Klagenfurt, ein im Auftrag der Theodor Kramer Gesellschaft von Herbert

Staud und Jörg Thunecke zusammengestellter Band über den aus seiner Heimat vertriebenen volkstümlichen Dichter erschienen. In



Theodor Kramer

ihm wird in Beiträgen von 17 Autoren Theodor Kramers Schaffen und Wirken als "Chronist seiner Zeit" beleuchtet. Kramer, 1938 aus Österreich geflüchtet und 1948, 61 Jahre alt, als ein "ewig Fremder" in seiner Heimatstadt Wien kurz nach seiner Rückkehr hier gestorben, fühlte sich in seinem englischen Exil als doppelt Fremder.

Sein Heimweh führte zu einem Selbstmordversuch; ein unmittelbar davor geschriebenes Gedicht sagt aus, dass er vor allem den Umgang mit den einfachen Menschen, denen er einen Großteil seiner Gedichte widmete, vermisse: "Ich teilte eure Bitterkeiten / und eure frohe Rast im Schank / als Mann. Es macht für alle Zeiten | dass ich euch ferne bin, mich krank..." Im Auftrag der Theodor Kramer Gesellschaft erscheint übrigens seit 1984 die Zeitschrift "Mit der Ziehharmonika", die sich der Literatur des Exils und des Widerstands widmet.

## ■ ■ ■ Slowenenschicksal

Andrej Kokot, ein Kärntner Slowene, der als Sechsjähriger mit seiner Familie 1942 in die "Umsiedlungslager" Rehnitz, Rastatt und Gerlachsheim deportiert worden ist, hat seine Erinnerungen an die Vertreibung der Slowenen aus Kärnten in dem Buch "Das Kind, das ich war" festgehalten. Bekanntlich wurden zahlreiche Bau-

ernfamilien, als sich nach dem Überfall auf Jugoslawien auch in Kärnten Partisanenwiderstand regte, in Lager im "Reich" verschleppt – das geschah oft ohne Rücksicht darauf, dass die Familienväter oft zugleich als Soldaten der Wehrmacht an der Front standen. Kokot legt eine aufrüttelnde Chronik des Leidensweges seiner Volksgruppe vor, wobei er auch die Eindrücke, wie er sie als Kind empfand (ohne die Tragik des Geschehens voll erfassen zu können) festhält. Auch dieses lesenswerte Buch ist im Drava-Verlag, Klagenfurt, erschienen.



Andrej Kokot mit seiner Mutter

## Jugendretter Ernst Papanek

Heuer jährt sich zum 100. Mal der Geburtstag des Schulreformers und Pädagogen Ernst Papanek (1900-1973). Als Mitarbeiter Otto Glöckels und exponierter Politiker der SDAP flüchtete er 1934 in die CSR, 1938 emigrierte er nach Frankreich. Hier gelang es ihm, wieder mit seiner Familie, die aus Österreich geflohen war, zusammenzutreffen. Als jüdische Hilfsorganisationen und Quäker nach dem Novemberpogrom ihre Bemühungen verstärkten, jüdische Kinder und Jugendliche zu retten, übernahm Papanek die Leitung der für diese Zweck von der OSE (Organisation pour la Santé et Education) eingerichteten Kinderheime. "Ich hatte darauf zu sehen, dass diese Kinder, die auf so vielfache Weise der Brutalität ausgesetzt waren, nicht nur überlebten, sondern als ganze Menschen überlebten." (Zitat aus seinem Buch "Die Kinder von Montmorency"). Nach der Kapitulation Frankreichs gelang der Familie Papanek die Flucht in die USA. Auch hier arbeitete Ernst Papanek für ein Kinderhilfswerk, zugleich war er politisch als Vermittler zwischen österreichischer und amerikanischer Sozialdemokratie tätig. Nach seiner Rückkehr nach Wien wurde er 1970 mit dem Goldenen Abzeichen der Freiheitskämpfer ausgezeichnet. Nach seinem Tod wurde der Gemeindebau Ölweingasse 21 in Wien-Rudolfsheim nach ihm benannt.



Schulreformer Ernst Papanek

## Karl Reinthaler gestorben

Aus Salzburg erreicht uns die Nachricht vom Ableben des Ehrenvorsitzenden des Landesverbandes Salzburg, unseres Genossen Karl Reinthaler. Unser Freund erlitt einen tödlichen Unfall. Genosse Reinthaler gehörte einer Widerstandsgruppe an, die im Raum Saalfelden illegal tätig war. In einem Prozess im Dezember 1942 wurde Genosse Reinthaler wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Mit Genossen Reinthaler verlieren wir einen Mitkämpfer, der seit seiner Jugend für unsere Ideale aktiv tätig war.

## "Nürnberger Gesetze" des Rassenwahns

Vor 65 Jahren, am 15. September 1935, wurden in Nürnberg drei Verfassungsgesetze erlassen, die die Grundlage für den Ausschluss der Juden aus dem öffentlichen Leben Deutschlands und für die nachfolgende antijüdische Politik bildeten. Die "Nürnberger Gesetze" wurden auf einer Sonder-sitzung des Reichstags verkündet, der während des alljährlich in Nürnberg stattfindenden Reichsparteitags der NSDAP dort zusammengerufen wurde.

Das "Reichsbürgergesetz" legte fest, dass nur Deutsche oder Personen mit "artverwandtem Blut" Bürger des Reiches seien. Durch dieses Gesetz verloren deutsche Juden ihre politischen Rechte – sie wurden zu "Staatsangehörigen" – wohingegen man die "arischen" Deutschen zu "Reichsbürgern" erklärte. Das "Reichsbürgergesetz" wurde durch 13 zwischen November 1935 und Juli 1943 herausgegebene Durchführungsverordnungen ergänzt, die die Juden systematisch aus dem öffentlichen Leben in Deutschland ausschlossen. Das Gesetz regelte die Frage, wer als Jude zu gelten hatte. Jude war danach, wer von mindestens drei jüdischen Großeltern abstammte oder wer als "Mischling 1. Grades" von zwei jüdischen Großeltern abstammte und der israelitischen Religionsgemeinschaft angehörte bzw. mit einem

Juden verheiratet war. Damit begann die Zeit der "Ariernachweise", mit denen Deutsche (und nach 1938 auch Österreicher) bei Eheschließungen, Bewerbungen für den öffentlichen Dienst oder um Mitgliedschaft in den Nazior-ganisationen ihre "Rassenreinheit" belegen mussten.

Das "Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" verbot Eheschließungen und außerehelichen Verkehr zwischen Juden und Deutschen als "Rassenschande", es verbot weiter die Beschäftigung deutscher Dienstboten unter 45 Jahren in jüdischen Haushalten. Ein weiteres Nürnberger Gesetz bestimmte, dass die schwarz-weiß-rote Flagge des Zweiten Reichs (die durch die Weimarer Republik durch das Schwarz-Rot-Gold von 1848 ersetzt worden war, welches die Nazis sofort beseitigten) nunmehr durch die in schwarz-weiß-roter Farbgebung gehaltenen Hakenkreuzflagge, die Parteifahne der NSDAP, abgelöst wurde. Juden wurde das Hissen der neuen Reichsflagge ausdrücklich verboten. Mit der Verkündung der Gesetze waren die in der früheren antijüdischen Gesetzgebung (die sich vor allem gegen Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler, Journalisten und Beamte richtete) geltenden Ausnahmen, etwa für Veteranen des Ersten Weltkriegs, hinfällig. Die Gesetze rechtfertigten auch den schon zuvor

Bertolt Brecht

### Ballade von der Judenhure Marie Sanders

In Nürnberg machten sie ein Gesetz  
Darüber weinte manches Weib, das  
Mit dem falschen Mann im Bette lag.  
"Das Fleisch schlägt auf in den Vorstädten  
Die Trommeln schlagen mit Macht  
Gott im Himmel, wenn sie was vorhätten  
Wäre es heute nacht".

Marie Sanders, dein Geliebter hat zu schwarzes Haar.  
Besser, du bist heute nicht zu ihm  
Wie du zu ihm gestern warst.  
"Das Fleisch..."

Mutter, gib mir den Schlüssel  
Es ist alles halb so schlimm.  
Der Mond sieht aus wie immer.  
"Das Fleisch..."

Eines Morgens, früh um neun Uhr  
Fuhr sie durch die Stadt  
Im Hemd, um den Hals ein Schild, das Haar geschoren.  
Die Gasse johlte. Sie blickte kalt.  
"Das Fleisch schlägt auf in den Vorstädten  
Der Streicher\* spricht heute nacht.  
Großer Gott, wenn sie ein Ohr hätten  
Wüßten sie, was man mit ihnen macht."

\*Julius Streicher, Herausgeber der antisemitischen Hetzzeitung "Der Stürmer" und Gauleiter von Franken, im Nürnberger Prozess zum Tode verurteilt.

Nach Zeugenaussagen nach dem Krieg sollen die Nürnberger Gesetze das Ergebnis infolge einer überraschenden Entscheidung Hitlers vor dem Parteitag 1935 in

großer Eile improvisiert worden sein. Doch ist wahrscheinlicher, dass sie die Umsetzung einer auf dem nazistischen Rassenwahn basierenden kalkulierten Politik waren, deren Grundlinie in Hitlers "Mein Kampf" und im Programm der NSDAP vorgegeben war.

#### Impressum:

**Medieninhaber und Herausgeber:** Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-277, Fax 534 27-258, E-Mail-Adresse: [kaempfer@spoe.or.at](mailto:kaempfer@spoe.or.at), <http://www.freiheitskaempfer.at> **Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon 524 7086-0. **Hersteller:** LeykamDruck Werk Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt. **Zulassungsnummer:** WoGZ 58 U